

Gemeinde Eitorf
DER BÜRGERMEISTER

ANLAGE

zu TO.-Pkt.

interne Nummer XV/0769/V

Eitorf, den 11.09.2023

Amt 10.1 - Hauptabteilung

Sachbearbeiter/-in: Yvonne Isenhardt

Bürgermeister

i.V.

Erste Beigeordnete

MITTEILUNGSVORLAGE

- öffentlich -

Sitzungsvorlage

Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus, Marketing, Digitalisierung und
Energiewende

18.10.2023

Tagesordnungspunkt:

Anträge der CDU-Fraktion zur Prüfung von Ratsbeschlüssen auf ihre Klimarelevanz vom 04.04.2022
und 03.04.2023

Mitteilung:

Die CDU-Fraktion beantragt in ihrer Haushaltsrede am 04.04.2022, zukünftig jeden Beschluss des Rates auf seine Klimarelevanz zu prüfen und in der Vorlage hierauf einzugehen. Da dies bisher nicht umgesetzt worden ist, wurde der Antrag am 03.04.2023 erneuert (siehe **Anlage 1**).

Der Rat der Gemeinde Eitorf hat in seiner Sitzung am 19.06.2023 die Umsetzung des „Integrierten Klimaschutzkonzepts für die Gemeinde Eitorf“ sowie den Aufbau eines Klimaschutz-Controllings beschlossen. Das Klimaschutzkonzept kann unter www.eitorf.de > Aktuelles > Klimaschutz Eitorf eingesehen werden.

Teil des Klimaschutzkonzeptes ist die Prüfung von Beschlüssen auf ihre Klimarelevanz. In der Maßnahmenbeschreibung verpflichten sich Politik und Verwaltung bei allen Vorhaben Handlungsoptionen für das Thema Klimaschutz mitzudenken. Jede Beschlussvorlage soll im Hinblick auf die Klimarelevanz geprüft werden. Vorhaben, die sich negativ auf den CO₂-Fußabdruck der Gemeinde auswirken, sind im Hinblick auf Klimakosten abzuwägen und hinreichend zu begründen. Bei der Betrachtung ist nach Möglichkeit die Herstellungskette bzw. Lieferkette mit zu berücksichtigen. Ein Auszug des Klimaschutzkonzeptes ist als **Anlage 2** der Vorlage beigelegt.

Ein Ratsbeschluss zur Umsetzung des Antrages der CDU-Fraktion ist daher entbehrlich. Die Klimaschutzmanagerinnen – vorbehaltlich ihrer Weiterbeschäftigung – werden in Zusammenarbeit mit Amt 10 eine interne Dienstanweisung zur vorgenannten Maßnahmenbeschreibung erarbeiten. Eine Umsetzung ist voraussichtlich in 2024 geplant. Die Politik wird entsprechend informiert.